
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 7 (1979)

DOI: 10.11588/fr.1979.0.49870

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Susanne MILLER, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im 1. Weltkrieg*, Düsseldorf (Droste) 1974, 440 S. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 53).

Trotz des gesteigerten Interesses, das der 1. Weltkrieg seit dem Erscheinen von Fischers »Griff nach der Weltmacht« in Deutschland gefunden hat, ist es um die Erforschung der deutschen Sozial- und speziell der Parteiengeschichte in diesem Zeitraum weiterhin nur mäßig bestellt. Die im Folgenden zu besprechende Arbeit schließt diese Lücke wenigstens für den Bereich der SPD und kann insofern einerseits als Fortsetzung von Dieter Grohs Studie über die Vorkriegs-SPD, andererseits als wertvolle Ergänzung etwa zu Schorskes, Feldmans und Deists Veröffentlichungen gelten. Mit diesen und zahlreichen anderen Arbeiten setzt sich die Verf. in einem ebenso abgewogenen wie kenntnisreichen Literaturbericht auseinander, ehe sie sich ihrem eigentlichen Thema zuwendet.

Miller beginnt mit einer Analyse der SPD während der Juli-Krise 1914 und untersucht anschließend die Motive, die in den ersten Augusttagen das Verhalten der Partei bestimmten. Zunächst war die Kriegswahrscheinlichkeit in der Partei nur gering eingeschätzt worden. Als der Krieg dennoch ausbrach, sah sich die Parteispitze in einen Zwiespalt zwischen ihrer eigenen Auffassung (die weithin eher zur Ablehnung der Kriegskredite neigte) und der in der Öffentlichkeit erkennbaren Kriegsbegeisterung gedrängt. Indem sich die Gewerkschaften frühzeitig und ohne Konsultation mit der Partei faktisch auf die Burgfriedenslinie festlegten, engten sie den Handlungsspielraum der SPD noch weiter ein.

In dieser Lage entschied sich die Reichstagsfraktion mit großer Mehrheit, den Kriegskrediten zuzustimmen; die Dissidenten auf dem linken Parteiflügel bildeten praktisch schon den Kern der späteren USPD. Bei der Parlamentsabstimmung selbst gelang es (noch), eine einheitliche Front zu wahren, doch verließen zwei Abgeordnete – Kunert und Simon – vorher den Plenarsaal. (Ein Hinweis bei August Winnig, nach dem möglicherweise auch Paul Lensch so verfuhr, ist der Verfasserin offenbar entgangen.) Miller erklärt diese überraschend einmütig-patriotische Haltung der Parteispitze sehr einleuchtend nicht taktisch, sondern aus der ehrlichen Überzeugung, daß Deutschland einen ihm aufgezwungenen Verteidigungskrieg führen müsse und dabei nicht im Stich gelassen werden dürfe. Diese Einstellung dominierte bei der SPD bis zum Kriegsende und ließ sie immer neue Zugeständnisse an den Staat machen.

Allerdings wurde diese Auffassung auch nach dem 4. August nicht von allen Abgeordneten und Funktionären der Partei geteilt: Schon im ersten Kriegswinter formierten sich heimlich rechte und linke Gruppen. Mochte auch der Parteivorstand dieses *Konventikel-Unwesen* ablehnen, er konnte es nicht verhindern. Der »Fall Liebkecht«, den die Verf. sorgfältig untersucht, machte diese internen Spannungen erstmals auch für die Öffentlichkeit deutlich. Er bewog den Vorstand, einerseits die Parteidisziplin zu straffen, andererseits aber der innerparteilichen Opposition eine gewisse Meinungsfreiheit einzuräumen.

Wie schlecht sich diese beiden Postulate vereinbaren ließen, lehrten wenige Monate später das sog. *Unterschriftenflugblatt* und die von Haase, Bernstein

und Kautsky verfaßte Schrift »Das Gebot der Stunde«. Beide Publikationen bildeten weitere Marksteine auf dem Weg zur USPD, ließen zugleich aber auch schon die Heterogenität der sie tragenden oppositionellen Gruppen erkennen. Seitdem wurde zunehmend mit einer Spaltung der Partei gerechnet.

Die Auseinandersetzungen um die SPD-Friedensinterpellation vom 9. Dezember 1915 beschleunigten diesen Prozeß, der mit Rühles und Liebknichts Austritt aus der Reichstagsfraktion und der anschließenden Gründung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einen ersten Höhepunkt erreichte. Nach verschiedenen Auseinandersetzungen um die Erbmasse der alten SPD folgte schließlich im April 1917 die Gründung der USPD.

Unsere Kenntnis dieses in seinen Umrissen und vielen Details längst bekannten Spaltungsprozesses ergänzt die Verf. um zahlreiche neue Einzelheiten und zum Teil bemerkenswerte Interpretationen. Als Hauptursache der Spaltung betrachtet sie letztlich die strenge Parteidisziplin: Sie zwang die Minderheit immer wieder auf die offizielle Parteilinie und nahm ihr obendrein die Möglichkeit, ihre eigene Position zu bekunden. Diesem permanenten Konflikt zwischen Gewissen und Disziplin mißt Miller entscheidendes Gewicht bei, während sie – im Gegensatz etwa zu Schorske – das Moment der Kontinuität zwischen dieser Entwicklung und den Richtungskämpfen der Vorkriegszeit geringer bewertet.

Ein eigenes Kapitel widmet die Verfasserin den Grundlinien der sozialdemokratischen Politik während der Kriegsjahre. Hinsichtlich der Kriegsschuld zeichneten sich frühzeitig Meinungsdivergenzen ab, die schon die spätere Haltung vorwegnahmen. Ähnliche Gegensätze bestanden vom Anfang an in der Kriegszielfrage: Zwar waren sich alle Flügel der Partei verbal in ihrer Gegnerschaft gegen Annexionen einig, doch schieden sich die Geister an Interpretation und Konkretisierung dieser Formel. Erst in den letzten eineinhalb Kriegsjahren setzte hier auch bei der Mehrheitssozialdemokratie eine deutliche Ernüchterung ein.

Hinsichtlich der Kriegsziele im Westen verfolgte die Partei eine relativ klare Linie: Sie lehnte die Vergewaltigung Belgiens ab, nahm allerdings die Rekrutierung belgischer Zwangsarbeiter gelassener auf als manchmal angenommen wird. Einigkeit bestand auch darin, daß Elsaß-Lothringen nicht an Frankreich fallen dürfe. Mit den ein Kernstück der deutschen Kriegszielbewegung darstellenden Mitteleuropa-Plänen freundete sich die USPD nie, die SPD erst nach längerem Zögern an; wenn sie es überhaupt tat, so deshalb, weil sie sich daran gewöhnt hatte, das Wohl des deutschen Proletariats als Funktion von Deutschlands wirtschaftlicher Stärke anzusehen. Millers Analyse der in Osteuropa verfolgten Ziele zeigt ein unschärferes Bild. Zwar forderte die SPD Selbstbestimmung für Russisch-Polen, doch hielt sie sich im übrigen eher zurück – vermutlich deshalb, weil sie ähnlichen Forderungen hinsichtlich der polnischen Gebiete in deutschem und österreichischem Besitz aus dem Weg zu gehen wünschte.

Zu den bemerkenswertesten Effekten des Krieges gehörten die Veränderungen, die er im Verhältnis der MSPD zum Wilhelminischen Staat bewirkte: Im Zuge ihrer Burgfriedensstrategie sah sich die Partei zu immer größeren Abstrichen von der kritischen Haltung früherer Jahrzehnte veranlaßt. Die Verf. zeigt überzeugend, daß die Parteiführer dadurch weder zu »Arbeiterverrätern«

wurden (so die DDR-Literatur) noch einer unentrinnbaren persönlichen Tragik unterlagen (so etwa Hans Herzfeld). Im Mittelpunkt standen vielmehr das Landesverteidigungsargument und die Hoffnung, gleichsam als Gegenleistung verschiedene innenpolitische Reformen durchsetzen zu können.

Zwar übten die Mehrheitsozialdemokraten wie die Opposition wiederholt Kritik an Pressezensur und Belagerungszustand, doch näherten sie sich politisch insgesamt deutlich dem bürgerlichen Establishment. Besonders fühlten sie sich zur Mitarbeit mit Bethmann Hollweg verpflichtet, dessen Kriegszielpolitik sie als deutlich von der annexionistischer Kreise verschieden betrachteten. Ihnen dies als »unehrliches Spiel« anzukreiden, hält die Verf. für falsch: Hier wie etwa bei der Bewertung des deutschen Friedensangebots von 1916 war eher eine mit Unkenntnis gepaarte Naivität der sozialdemokratischen Führung im Spiel.

Seit Frühjahr 1917 begann sich das Verhältnis der MSPD zur Regierung zu wandeln. Unter dem Eindruck des *Kohlrübenwinters* 1916/17, des amerikanischen Kriegseintritts und vor allem der russischen Ereignisse drängte die Partei nun immer heftiger auf eine innenpolitische *Neuorientierung*, um eine Revolution à la Rußland zu vermeiden. Die Aprilstreiks von 1917 bestärkten sie darin, während sie umgekehrt der neugegründeten USPD erstmals Gelegenheit verschafften, als die eigentliche deutsche Oppositionspartei aufzutreten. Allerdings bezweifelt die Verf., daß die USPD die Streiks zu diesem Zweck planmäßig inszeniert habe.

Im Kontext dieses Kurswechsels der MSPD ist ihre Mitarbeit im Interfraktionellen Ausschuß zu sehen. Zwar war die Partei an dessen Entstehung nicht unwesentlich beteiligt, doch betrieb sie ihre Mitarbeit stets mit einer gewissen Zurückhaltung, um nicht durch ein allzu enges Paktieren mit der Bourgeoisie die Parteibasis zu beunruhigen. Dementsprechend hielt sich denn auch der linke Flügel selbst der Mehrheitssozialdemokratie dem Ausschuß stets fern. Die daraus resultierenden parteiinternen Spannungen wurden durch den Vorteil einer engeren Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien nicht aufgewogen.

Dieselbe ambivalente Haltung bestimmte auch das Verhalten der Partei in der Kanzlerkrise vom Sommer 1917. Zwar beteiligte sie sich nicht aktiv an Bethmanns Sturz, doch unternahm sie auch nichts, ihn zu halten. Mit Recht stellt die Verf. die Frage, ob dies nicht auch aus sozialdemokratischer Sicht letztlich ein Fehler war: Die Forschung hat sich seit Fischer daran gewöhnt, Bethmann als einen mehr oder minder vehementen Annexionisten zu betrachten; jedoch spricht manches dafür, daß er bereit gewesen wäre, eine antiannexionistische Politik zu betreiben, nachdem die Friedensresolution des Reichstags zum Entstehen einer antiannexionistischen Parlamentsmehrheit geführt hatte.

Allerdings täuschten sich die Sozialdemokraten, die mit David im Reich geradezu schon einen *Krypto-Parlamentarismus* entstehen sahen. Die Entwicklung unter Bethmanns Nachfolger Michaelis wie auch die steigende Macht der Obersten Heeresleitung strafte solche Analysen Lügen. So beschränkte sich der Würzburger SPD-Parteitag von 1917 – der erste während des Krieges veranstaltete – denn auch darauf, Reformen erst für die Nachkriegszeit zu prognostizieren; für die Gegenwart ließ er keinen *Willen zur Macht* erkennen.

Zum Testfall dafür wie für das politische Durchsetzungsvermögen beider

sozialdemokratischen Parteien wie der gesamten Arbeiterbewegung wurden die deutsch-russischen Friedensverhandlungen im Winter 1917/18. Sie endeten mit dem Diktatfrieden von Versailles. Beide Parteien lehnten ihn als einen mit den Prinzipien der Friedensresolution unvereinbaren Gewaltfrieden ab; während die USPD diese Position auch in der Ratifizierungsabstimmung durchhielt, konnte sich die MSPD-Fraktion auf keine klare Linie einigen und übte schließlich notgedrungen Stimmenthaltung.

Ähnlich ambivalent verhielt sich die MSPD gegenüber den Januarstreiks von 1918. Während die USPD an führender Stelle das Streikgeschehen bestimmte, versuchte die MSPD-Führung zu bremsen, ohne aber die Streikenden zu desavouieren. Freilich wurde diese immer noch am Burgfriedenskonzept ausgerichtete Strategie offenbar nicht überall von den lokalen Funktionären mitgetragen: Soweit der noch relativ unbefriedigende Forschungsstand erkennen läßt, kam es örtlich nicht selten zu Kooperationen zwischen MSPD und USPD. Zu wirklicher Vermittlung zwischen Staat und Streikenden fand sich die MSPD nicht imstande. Stattdessen wurde sie von beiden Seiten in die Defensive gedrängt und des Verrats beschuldigt.

Obwohl ihre Lage durch die Kühlmann-Krise vom Sommer 1918 eher noch weiter verschlechtert wurde, genoß die MSPD in der Bevölkerung weiterhin ein deutlich höheres Vertrauen als die USPD. Bei Nachwahlen errang sie selbst in USPD-Hochburgen sensationelle Erfolge. Die Ursachen dieser Erscheinung sind weiterhin recht unklar. Sie macht jedoch deutlich, wie problematisch es sein kann, wenn sich Parteigeschichtsschreibung allzu sehr auf die Betrachtung der Parteispitze konzentriert und darüber die Vorgänge auf örtlicher Ebene vernachlässigt. Dieser Vorwurf kann auch der Millerschen Studie nicht ganz erspart bleiben. Zwar kann angesichts des derzeitigen Forschungsstandes kein Einzelner diese Arbeit leisten, doch hätte das Problem mindestens deutlicher benannt und als relativierender Faktor in die Untersuchung der Parteispitze einbezogen werden müssen.

Auch erfahren wir relativ wenig über die Entstehung der Gruppe Internationale wie über die Revolutionären Obleute, obwohl beide insbesondere in der Schlußphase des Krieges eine nicht unwichtige Rolle spielten. Nun mag es sein, daß streckenweise die Bedeutung beider Gruppen zu gering war, als daß sie eine gründliche Betrachtung rechtfertigte. Dies aber hätte dann zunächst bewiesen werden müssen. Angesichts der vermutlich überzogenen Bewertung, die gelegentlich besonders die Gruppe Internationale in der Literatur erfährt, wäre ein solcher Beweis von großem Interesse gewesen.

Die vorstehenden kritischen Bemerkungen ändern nichts daran, daß Susanne Miller eine hervorragende Arbeit vorgelegt hat. Sie ist geeignet, die SPD wie die USPD streckenweise in einem neuen Licht erscheinen zu lassen und von der bislang oft anzutreffenden klischeehaften Beurteilung beider Parteien wegzuführen. Die Verf. hat praktisch die gesamte Literatur, zahlreiche ungedruckte (und entsprechend schwer zugängliche) DDR-Dissertationen und ein stattliches Quantum Archivalien ausgewertet. Auch hat sie weitgehend auf jenen schwer lesbaren und mit Soziologismen versetzten Stil verzichtet, der gerade bei sozialhistorischen Autoren beliebt ist und gerne als »methodische Anleihen bei den

Sozialwissenschaften« verbrämt wird. Es bleibt zu hoffen, daß die Millersche Arbeit der weiteren Erforschung der Parteiengeschichte während des 1. Weltkriegs neue Impulse geben wird.

Lothar BURCHARDT, Konstanz

Susanne MILLER, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920*, Düsseldorf (Droste) 1978, 532 p. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 63).

La seconde Révolution allemande, celle de novembre 1918, a beaucoup retenu depuis une quinzaine d'années l'attention des historiens. Eberhard Kolb, Peter von Oertzen et Reinhard Rürup se sont attachés au mouvement des conseils, en considérant qu'il représentait une »troisième voie« entre le bolchevisme et la réaction et qu'il aurait pu déboucher sur un régime de démocratie directe et d'égalité sociale. En France, deux auteurs aux vues politiques bien divergentes, Gilbert Badia et Pierre Broué, ont cherché à approfondir la genèse du parti communiste allemand, depuis le noyau spartakiste jusqu'à l'organisation pleinement intégrée à la Troisième Internationale. L'intérêt que suscite à juste titre l'histoire de ces forces rebelles, spontanées ou bolchevisées, ne doit pas cependant faire oublier la social-démocratie qui, dans ces années, joue en fait le rôle déterminant. Susanne Miller lui consacre heureusement un ouvrage de grande qualité, qui prolonge son premier livre sur l'expérience de l'Union sacrée pendant la guerre (»Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg«, 1974; cf. le compte rendu de L. Burchardt dans ce vol., p. 876). Le livre s'impose par une riche information (qui s'appuie notamment sur les mémoires inédits de Wilhelm Dittmann), par une rédaction toujours claire et ferme et par une collecte remarquable de citations expressives.

La tendance majoritaire du parti social-démocrate (M.S.P.D.) a fait son choix décisif dès octobre 1918, quand elle a accepté de participer au cabinet Max de Bade. Scheidemann déclare alors qu'il faut se demander: »Qu'est-ce qui est absolument nécessaire, dans l'intérêt du peuple allemand?« et non: »Qu'est-ce qui est confortable ou inconfortable dans l'intérêt du parti?«. Ebert précise: »Si nous ne voulons pas maintenant d'accord avec les partis bourgeois et avec le gouvernement, alors nous devons laisser aller les choses, alors nous adoptons la tactique révolutionnaire, nous volons de nos propres ailes et nous livrons le sort du parti à la révolution«. Mais, rejetant explicitement l'exemple des bolcheviks, il invite le parti, »dans l'intérêt du prolétariat«, à »se jeter dans la brèche«, à faire adopter son programme et »si possible, à le lier au salut du pays«. Ces vues conduisent, un mois plus tard, la social-démocratie à accepter la responsabilité du pouvoir, quand la défaite militaire entraîne l'effondrement du régime impérial, de graves menaces sur l'unité du Reich et une pénurie des approvisionnements alimentaires qui risque de tourner à la famine. La Révolution d'Octobre, qui a disloqué l'Etat, l'armée, l'administration, paraît le précédent à ne pas suivre: pour le commissaire du peuple Gustav Bauer, le 21 novembre,